

Wahlprüfstein

Naturfreundejugend

Deutschland

Thema 1: EU-Lieferkettengesetz: Bewertung des Gesetzes / Können Menschen dadurch menschenwürdig arbeiten?

Das EU-Lieferkettengesetz wäre ein Meilenstein für die Stärkung von Menschenrechten und den Schutz von Umwelt, Klima und Biodiversität. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dafür eine Mehrheit im Rat zu schaffen? Welche Möglichkeiten sehen Sie, das Gesetz in Zukunft weiter zu stärken?

Die SPD hat in Deutschland bereits ein Lieferkettengesetz durchgesetzt, das seit 1. Januar 2023 in Kraft ist. Damit wollen wir die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten in globalen Lieferketten regeln. Gute Arbeitsbedingungen müssen in der ganzen Lieferkette gelten. Es ist nur folgerichtig, dass dies durch ein starkes europäisches Lieferkettengesetz ergänzt wird. Die SPD und die europäische S&D-Fraktion haben deshalb das EU-Lieferkettengesetz von Beginn an unterstützt. Wir wollen so verhindern, dass Produkte, die durch Kinderarbeit, Zwangsarbeit oder Ausbeutung von Mensch und Natur hergestellt werden, überhaupt in den europäischen Binnenmarkt gelangen. Es ist gut, dass dies nun umgesetzt wird.

Thema 2: Klima: Welche Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2035?

Ein angemessener EU-Beitrag zum 1,5°C-Limit wären eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mind. 95 % bis 2035 (Kommission empfiehlt 90% bis 2040). Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die EU-Klimapolitik kompatibel mit dem Paris-Abkommen wird und das notwendige Ambitionsniveau erreicht?

Wir stehen klar zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens. Der Klimaschutz muss gelingen, weil er die Grundlage dafür ist, dass nachfolgende Generationen eine gute Lebensgrundlage haben. Dafür müssen wir weiter massiv in die Erneuerbaren Energien investieren, aber genauso auch den Auf- und Ausbau eines wahrhaft europäischen Netzes voranbringen: grenzüberschreitende Stromleitungen, Wasserstoffpipelines sowie Elektrolyseure und Hafeninfrastruktur gehören dazu. Wir wollen, dass

die größten Verursacher von Emissionen auch ihren Anteil an den Folgekosten des Klimawandels leisten. Deshalb werden wir das Europäische Emissionshandelssystem als einen der größten Hebel zur Senkung der EU-Emissionen weiter stärken.

Thema 3: Fiskalpolitik: EU-Taxonomie

Die Aufnahme von Atomkraft und Gas in die EU-Taxonomie verzögert den sozial-ökologischen Wandel. Wie wollen Sie sich für eine Reform der EU-Taxonomie einsetzen, damit Erdgas- und Nuklear-Wirtschaftsaktivitäten nicht länger als nachhaltig gelabelt werden können?

Die Zukunft gehört den Erneuerbaren, die schon heute unsere günstigsten Energiequellen sind. Atomkraft ist kostspielig, risikoreich und brennstoffgebunden. Die Debatte darum entfernt uns von unserer Zukunft der Erneuerbaren Energien, die schnell, günstig und sicher sind. Darüber hinaus ist die Taxonomieverordnung ein „lebendiges Dokument“. Wir setzen uns dafür ein, dass die Regeln vorhersehbar, nachvollziehbar und übersichtlich bleiben.

Thema 4: Förderpolitik (Erasmus +)

Das zentrale Förderinstrument Erasmus+ Jugend braucht eine Vereinfachung der Antragstellung, zuverlässige und frühzeitige Bereitstellung von bewilligten Mitteln. Wie planen Sie sich für eine Richtlinien Überarbeitung im Sinne einer verlässlichen und zukunftsfähigen Förderung einzusetzen?

Wir wollen europäische und internationale Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit weiterhin unterstützen und den organisierten, grenzüberschreitenden Jugendgruppenaustausch ausweiten. Insbesondere grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen tragen aktiv zum Abbau von Vorurteilen bei und machen das zusammenwachsende Europa für junge Menschen erfahrbar. Damit sollen insbesondere auch Auszubildende und benachteiligte Jugendliche gezielt gefördert werden, die Europa noch nicht so gut kennen und die vorhandenen Austauschmöglichkeiten noch wenig nutzen. Dafür braucht es mehr Mittel im „Erasmus+“-Programm. Daraus müssen vorrangig die Antragsteller und die zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft gestärkt werden – und nicht die staatlichen Nationalagenturen.

Thema 5: Maßnahmen zur Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsstaaten

Die demokratische EU steht zunehmend unter Druck. Europaweit erstarken antidemokratische Parteien. Diese versuchen den Rechtsstaat zurückzudrängen. Wie sorgen Sie dafür, dass die Demokratie und der Rechtsstaat ein fester Bestandteil der EU und aller Mitgliedsstaaten bleibt?

Die EU muss sich wirksame Instrumente gegen ihre Feinde von innen und von außen geben. Wir wollen die bestehenden Schutzinstrumente mit größerer Härte einsetzen und neue entwickeln.

So wollen wir bei Rechtsstaatsverstößen Vertragsverletzungsverfahren deutlich konsequenter einsetzen als bisher. Zudem muss der Europäische Rat das Grundwerte-Verfahren des Artikels 7 des EU-Vertrags anwenden und Mitgliedsstaaten, die systematisch gegen Grundwerte verstoßen, das Stimmrecht entziehen. Nur so können wir verhindern, dass undemokratische Mitgliedsstaaten ihre Vetorechte missbrauchen. Wir fordern, dass die EU-Kommission Mitgliedsstaaten vor den Europäischen Gerichtshof bringt, die gegen die Werte aus Artikel 2 EU-Vertrag verstoßen. Staaten, die in schwerwiegender Weise gegen diese Werte verstoßen, sollen nicht mehr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen dürfen. Wir haben erreicht, dass Rechtsstaatsündern EU-Gelder vorenthalten werden können. Diese finanziellen Sanktionsmöglichkeiten müssen wir auf alle Verstöße gegen die Werte des Artikels 2 EU-Vertrag ausweiten.

Thema 6: Mobilität: europaweit

Durch den deutsch-französischen Freundschaftspass konnten sich junge Menschen in Europa begegnen. In Deutschland konnte, dem ÖPNV-Flickenteppich ein „Deutschlandticket“ entgegensetzen. Wie wollen Sie erreichen, dass Menschen in Zukunft umweltfreundlich und kostengünstig durch Europa reisen können?

Das Deutschlandticket ist ein großer Erfolg. Wir wollen erreichen, dass es auch in unseren Nachbarländern, wie zum Beispiel in Frankreich, anerkannt wird. Das würde Pendlerinnen und Pendler in Grenzregionen entlasten und das Reisen gerade auch für jüngere Menschen einfacher und preiswerter machen. Unsere Vision ist ein Europaticket in der gesamten EU! Wir wollen außerdem gemeinsam mit unseren Nachbarn ein EU-weites Ticketsystem für internationale Züge und Busse einführen. Vergünstigungen durch BahnCards sollten für grenzüberschreitende Verbindungen vollständig gültig sein. Für junge Menschen ist das Programm DiscoverEU ein Erfolgsprojekt der Europäischen Union. Es erreicht jedes Jahr Tausende junge Menschen, die mit einem kostenlosen Interrail-Ticket im Zug Europa kennenlernen. Diese Möglichkeit sollen in Zukunft alle 18-Jährigen in der EU erhalten. Die DiscoverEU Jugendkarte mit Rabatten für Unterkunft, Verpflegung, Sport, Kultur, Lernaktivitäten und ÖPNV wollen wir ausbauen.

Thema 7: Sozialpolitik: EU-Jugendgarantie

2020 wurde die Stärkung der Jugendgarantie beschlossen. Dennoch lag die Jugendarbeitslosigkeit in der EU im Dezember 2023 bei 14,7 Prozent. Wie bewerten Sie die beschlossene Stärkung der Jugendgarantie und wie muss diese eventuell noch angepasst werden?

Wir wollen gute Ausbildung und gute Arbeit für junge Menschen fördern. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist seit 2013 stark zurückgegangen. Das ist ein Erfolg der „Europäischen Jugendgarantie“. Aber: Die Jugendarbeitslosigkeit ist immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote, und die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten sind groß. In einigen Ländern ist nach wie vor rund jeder dritte junge Mensch arbeitslos. Und: Prekäre Arbeit mit schlechter Bezahlung und wenig sozialem Schutz ist unter jungen Menschen weitverbreitet. Wir wollen daher die Jugendgarantie mit einer angemessenen Finanzierung verbinden und auf europäischer Ebene einen verbindlichen Qualitätsrahmen entwickeln, damit junge Menschen Zugang zu guter Ausbildung und Arbeit bekommen, die langfristige Sicherheit, faire Bezahlung und Lernmöglichkeiten bietet. Um die Rechte junger Menschen zu stärken, wollen wir zudem die Vergütung von Praktika sicherstellen.

Thema 8: Wahlentscheidung junger Menschen

Damit junge Menschen eine fundierte Wahlentscheidung treffen können, müssen auch komplexe Fragen ausführlich Antworten bekommen. Eine komplexe Frage in 300 Zeichen zu stellen ist jedoch schwierig. Wie wollen Sie in Zukunft, im Sinne einer Teilhabe junger Menschen, sich dieses Problems annehmen?

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unseren Positionen! Der regelmäßige Austausch mit Interessenverbänden und Organisationen nimmt eine zentrale Rolle in unserer politischen Arbeit ein. In den vergangenen Wahljahren stieg jedoch die Zahl der bei uns eingehenden Wahlprüfsteine ebenso wie der Umfang der Fragenkataloge so sehr an, dass es uns kaum noch möglich war, diese in einem angemessenen Zeitraum zu bearbeiten. Daher haben wir uns gemeinsam mit anderen Parteien für die Europawahl 2024 auf ein geändertes Verfahren verständigt. Unabhängig von dieser formalisierten Fragemöglichkeit vor den Wahlterminen bemühen wir uns jedoch konsequent, jungen Menschen echte Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Über Listen und Gremien in unserer eigenen Partei ebenso wie über Instrumente wie den „Jugend-Check“, mit dem seit 2018 alle Gesetzesvorhaben der Bundesregierung auf ihre möglichen Folgen für junge Menschen hin untersucht werden.